

Wirtschaft

Rasende Kuriere
Onlinehändler
wollen schneller
beim Kunden sein.

41

SMI	9394 Punkte	-0.02%	Euro in Franken	1.032	-0.17%
Dow Jones Ind.	18126 Punkte	-0.20%	Dollar in Franken	0.946	-0.48%
Euro Stoxx 50	3651 Punkte	-0.87%	Euro in Dollar	1.091	+0.34%
			GB-Pfund in Franken	1.446	-0.72%
			Bundesobligationen 10 J. in %	-0.02	+0.2 Bp
			SNB-Libor 3 Mt. in %	-0.7880	0.000 Bp
			Öl (Nordsee Brent) in Dollar	61.37	-0.43%
			Gold (Unze) in Dollar	1186.10	-0.09%
			Silber (Unze) in Dollar	16.63	-0.39%

Welchen Firmen die Erbschaftssteuer wehtäte

Laut den Gegnern sind viele Schweizer KMU im Fall einer Annahme der Initiative akut gefährdet. Trifft das tatsächlich zu? Ökonomen und der Schweizerische KMU-Verband sehen das etwas anders.

Franziska Kohler

Der Aargauer KMU-Chef macht sich Sorgen. Er führt ein Familienunternehmen in der vierten Generation und geht auf die Pensionierung zu. Höchste Zeit, die Nachfolge zu regeln. Eigene Kinder hat er nicht, aber Nichten und Neffen. Er könnte sich vorstellen, ihnen den Betrieb zu übergeben - doch die Erbschaftssteuerinitiative würde sie in den Ruin treiben, befürchtet er.

In einer Tageszeitung schildert er sein Dilemma. Was ihm offenbar niemand gesagt hat: Der Kanton Aargau kennt bereits eine Erbschaftssteuer. Für Nichten und Neffen betrüge sie in seinem Fall mehr als 30 Prozent. Er wäre mit der Initiative und ihrem höchstens 20-prozentigen Steuersatz also um einiges besser bedient.

Der Aargauer Unternehmer ist ein Sinnbild für die aktuelle Abstimmungsdebatte. Es wird mit harten Bandagen gekämpft, aber hieb- und stichfeste Zahlenbeweise sind rar. Das stellt auch Roland Rupp fest, Leiter des Schweizerischen KMU-Verbands. Die Angst der Kleinunternehmer vor der Initiative sei lange nicht so gross, wie es deren Gegner gerne glauben machen würden. Ihr Hauptargument: Die Steuer würde die Übertragung von Familienunternehmen erschweren und dadurch Tausende Arbeitsplätze gefährden.

Die Initianten schlagen zwar vor, dass Familienunternehmen nur ab einem Wert von 50 Millionen Franken zu einem reduzierten Satz von 5 statt 20 Prozent und über einen Zeitraum von 10 Jahren besteuert würden. Doch weil dieser Freibetrag erst nach Annahme der Initiative vom Parlament festgelegt wird, sei nun die Unsicherheit bei Zehntausenden Familienunternehmen in der Schweiz gross, sagt Heinz Karrer, Präsident des Wirtschaftsverbands Economiesuisse. Diese Unsicherheit blockiere die Unternehmen und sei «Gift für den Standort Schweiz».

KMU-Vertreter Rupp hingegen sagt: «Bis jetzt hat sich kein einziges Mitglied bei mir gemeldet, das wegen der Initiative um seine Existenz fürchtet.» Entweder gehen sie davon aus, dass die Initiative an der Urne ohnehin keine Chance hat. Oder, so Rupp: «Sie vertrauen darauf, dass das bürgerliche Parlament bei einem Ja tatsächlich einen grosszügigen Freibetrag für Unternehmen festlegen würde und sie darum nichts zu befürchten hätten.»

0,2 Prozent wären betroffen

Bei einem Unternehmenswert von 50 Millionen Franken könne von KMU jedenfalls keine Rede mehr sein. Das belegt ausgerechnet eine Studie des Beratungsunternehmens PricewaterhouseCoopers (PWC), die von Economiesuisse in Auftrag gegeben wurde. PWC hat 123 familiengeführte Unternehmen unterschiedlicher Grösse zu betriebswirtschaftlichen Kennzahlen wie Eigenkapital, Anlagevermögen und Gewinn befragt. Die Studie geht für KMU (definiert als Betriebe mit weniger als 250 Mitarbeitern) von einem durchschnittlichen Unternehmenswert von 18,8 Millionen Franken aus. Selbst wenn das Parlament also einen deutlich tieferen Freibetrag als den vorgeschlagenen wählen würde, wäre die Mehrheit nicht tangiert.

Nun dominieren KMU die Schweizer Firmenlandschaft. Es gibt deren 556 000, was 99,8 Prozent aller Unternehmen entspricht. Das heisst: Von der Initiative wären aller Wahrscheinlichkeit nach vor allem die anderen 0,2 Prozent betroffen. Dass sich nicht alle dieser Firmen in Familienbesitz befinden, ist dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

Kurt Schmidheiny, Professor für Wirtschaftsstatistik und Experte für öffentliche Finanzen an der Universität Basel, findet es deshalb unlogisch, dass gerade die KMU nun derart im Fokus stehen. «Unter Ökonomen ist die Ansicht



Ist eine Firma mit einem Unternehmenswert von 50 Millionen Franken noch ein KMU? - Lager der Swiss Steel AG. Foto: Reuters

verbreitet, dass die Erbschaftssteuer eine der effizientesten Steuern mit relativ geringen Verzerrungswirkungen ist. Dass sie zum KMU-Killer werden könnte, stand bis anhin nie zur Diskussion.» Bei einem grosszügigen Freibetrag hätten diese nichts zu befürchten, glaubt Schmidheiny. «Und selbst ohne Freibetrag wären die Konsequenzen lange nicht so dramatisch wie dargestellt.»

Auch das lasse sich aus der PWC-Studie ablesen, die eigentlich dazu dienen soll, die Gefährdung der KMU zu belegen. Sie untersucht unter anderem, über wie viel Liquidität die befragten Firmen verfügen und ob sie ausreichen würde, um die Erbschaftssteuer auch unvorbe-reitet zu begleichen - also ohne dass im Vorfeld entsprechende Rückstellungen getätigt wurden. Das Fazit: «Die untersuchten kleineren und mittleren Unternehmen verfügen im Durchschnitt über genügend liquide Mittel zur Deckung der auf dem Nachlass lastenden Erbschaftssteuer.» Allerdings könne gerade bei kleineren und mittleren Unternehmen ein derartiger Liquiditätsabfluss existenzgefährdend sein.

Dem widerspricht Schmidheiny: «Für rentabel geschäftende Firmen wäre es in diesem Fall kein Problem, einen Kredit

zum Begleichen der Steuer aufzunehmen. Alle anderen würden in absehbarer Zukunft wohl ohnehin in Schwierigkeiten geraten.»

«Befremdliche Debatte»

Das KMU-Argument sei ein «Schreckgespenst», sagt auch der Lausanner Ökonom Marius Brühlhart. «Hier wird gezielt Angst geschürt.» Der Kanton Waadt beispielsweise kenne seit Jahren eine Erbschaftssteuer, doch ihm sei keine Firma bekannt, die deswegen habe schliessen müssen. Studien aus Deutschland zeigten zudem, dass 98 Prozent der KMU-Erbschaftssteuern aus dem Privatvermögen der Erben beglichen werden könnten. Diese Möglichkeit werde in der aktuellen Diskussion aber kaum je erwähnt - laut Brühlhart ein Beleg dafür, wie verkehrt die Debatte geführt wird. «Nicht das Unternehmen muss die Steuer bezahlen, sondern der Erbe. Das scheint in Vergessenheit geraten zu sein.»

Welche Erben die Steuer am meisten schmerzen würde, lässt sich ebenfalls aus der PWC-Studie ablesen: Jene, die Familienunternehmen mit mehr als 250 Mitarbeiter übernehmen, also ausserhalb der Kategorie KMU operieren. Sie verfügten nicht über genügend Liquidität, um die Erbschaftssteuer durch Ausschüttungen an den Nachlass zu decken, und müssten wohl ein Darlehen aufnehmen, schreibt PWC. Laut Kurt Schmidheiny handelt es sich bei diesen Unternehmen aber in der Regel um Aktiengesellschaften - sie könnten also auch einen Teil ihrer Aktien veräussern, um die Steuer zu begleichen. «Besonders einfach wäre das für Erben von börsenkotierten Firmen. Mit ihren Aktien müssten sie allerdings auch eine Einkommensquelle und Kontrolle abgeben.»

Um welche Firmen es sich konkret handelt, ist nirgends zentral erfasst. Einen Anhaltspunkt gibt der «Global Family Business Index» der Universität St. Gallen, ein Verzeichnis der 500 grössten Familienunternehmen weltweit.

Die Voten der Unternehmer Erbschaftssteuerinitiative

Die Debatte über die Erbschaftssteuer ist auch eine Debatte über die Unternehmensbesteuerung. Während der Schweizerische Gewerbeverband eine breite Nein-Kampagne erhebt, melden sich auch Unternehmer und Erben zu Wort, die für die Initiative plädieren.

Pro



Hansjörg Wyss, Multimilliardär und Gründer der Synthes

Es gebe keinen Grund, dass Kinder grosse Vermögen erben, wenn sie nichts dafür getan hätten, sagt Wyss gegenüber der Westschweizer Zeitung «Le Temps». Er sei darum für die Erbschaftssteuer. Es brauche zwar eine Steuerbefreiung für Familienunternehmen zwischen 4 und 8 Millionen Franken, aber «wenn man 500 Millionen oder 1 Milliarde hat, kann man 20 Prozent Erbschaftssteuer zahlen».

Pro



Markus Wenger, Chef einer Berner Fensterfabrik

«Die Erbschaftssteuer ist gewerbefreundlich», sagt der Berner KMUler Markus Wenger gegenüber dem «Blick». Wenn die Initiative durchkomme und wie vorgesehen die nächste Generation übernehme, zahle seine Firma null Franken Erbschaftssteuer. «Es besteht keine Gefahr, dass Arbeitsplätze vernichtet werden.»

Kontra



Peter Spuhler, Chef der Stadler Rail mit 6500 Angestellten

«Wir entziehen mit der Besteuerung des Unternehmensgewinns und der Vermögenssteuer den Firmen heute schon jedes Jahr Substanz», sagt Spuhler gegenüber dem TA. «Käme nun noch eine Erbschaftssteuer hinzu, würde das in vielen Unternehmen zu Schwierigkeiten führen. «Das wird Arbeitsplätze gefährden.»

Kontra



Willy Michel, Multimillionär und Gründer der Ypsomed

Grundsätzlich könne man über eine Erbschaftssteuer sprechen, sagt Michel in der SRF-Sendung «ECO». Die Initiative lehnt er aber ab. Er bezahle jetzt schon einen zweistelligen Millionenbetrag an Vermögenssteuern - würden diese zugunsten der Erbschaftssteuer abgeschafft, «wäre ich sofort dabei». (fka)

Die grössten Schweizer Familienunternehmen

Unternehmen	Familie	Firmenwert in Mio. Fr.
Roche Group	Hoffmann & Oeri	223 732
Swatch Group	Hayek	28 056
Schindler Holding	Schindler	14 996
Kühne + Nagel	Kühne	14 138
Sika	Burkard-Schenker	9 187
Barry Callebaut	Jacobs	6 614
DKSH Holding	Keller	4 339
Bucher Industries	Hauser	3 052
Schmolz + Bickenbach	Schmolz und Bickenbach	1 342
Bauhaus	Baus	unbekannt
Bühler	Bühler	unbekannt
Emil Frey Gruppe	Frey	unbekannt

TA-Grafik mt./Quelle: HSG Global Family Business Index

Anzeige

— Le porte —
aperte a tutti

12%

Samstag, 30. Mai 2015, 10 bis 18 Uhr
Hönggerstrasse 115 in Zürich-Wipkingen



Wir feiern den 30. Geburtstag unseres Weinguts in Montepulciano. Geniessen Sie 80 Degustationsweine und italienische Häppchen. Für Bestellungen vor Ort: einmalige 12% Rabatt*. Bei Selbstabholung noch zusätzliche 3% Rabatt. Das alles nur am 30. Mai 2015 - wir freuen uns auf Sie!

bindella.ch

Bindella
la vita è bella

*Ausgenommen davon sind Spezialpreise (z.B. für Promotionsweine), Spirituosen sowie Nettoartikel; ohne weitere Wertrabatte